

113

Der Württ. Innenminister hat mit Erlaß vom 31.7.1940 Nr. V 1657 die von Bürgermeister durch Entschließung vom 5. Januar 1940 festgestellte Ortsbausatzung-Anbauvorschriften - für das Gebiet Gerbertshaus-Lochbrücke in folgendem Wortlaut genehmigt:

§ 1.

- 1.) In dem Baugebiet dürfen, abgesehen von kleineren Nebengebäuden nur Wohngebäude und landwirtschaftliche Gebäude errichtet werden. Gewerbebetriebe können zugelassen werden, soweit dies mit den Bedürfnissen eines Wohngebietes zu vereinigen ist.
- 2.) Für die Stellung der einzelnen Gebäude gelten die Einzeichnungen im Ortsbauplan vom 20.12.1938 als Richtlinien.

§ 2.

- 1.) Der seitliche Abstand der Gebäude von der südlichen bzw. westlichen Eigentumsgränze muß mindestens 4,00 mtr. von der nördlichen bzw. der östlichen Eigentumsgränze mind. -3,00 mtr. - von den anderen Gebäuden auf dem gleichen Grundstück mindestens -7,00 mtr. - betragen. Bestehen über die Verteilung der Abstände Zweifel, so entscheidet die Ortspolizeibehörde.
- 2.) Mehrere Gebäude dürfen bis zu einer Gesamtlänge von 20 mtr. zusammengebaut werden, sofern Sicherheit dafür besteht, daß sie gleichzeitig ausgeführt und äußerlich einheitlich gestaltet und unterhalten werden. Sie gelten für die Berechnung der Abstände als ein Gebäude.

§ 3.

- 1.) In den Bauverbotsflächen im Innern der Baublöcke können Nebengebäude bis zu 25 qm Grundfläche und 4,00 mtr. Firsthöhe entsprechend den Einzeichnungen im Ortsbauplan vom 20.12.1938 von der Baupolizeibehörde gestattet werden.
- 2.) Ist mit der späteren Errichtung von derartigen Nebengebäuden zu rechnen, so ist ihre voraussichtliche Stellung und Form in den Baugesuchsplänen des Hauptgebäudes wenigstens im Umriß anzugeben.

§ 4.

- 1.) Die Gebäude müssen, von kleineren An- und Ausbauten abgesehen, entsprechend den Einschrieben im Ortsbauplan östlich dem Viz. Weg Nr. 6 an der Vorderseite zwei Stockwerke, an den restlichen Straßen 1 Stockwerk mit aufgesetztem nicht über 75 cm hohen Kniestock unter den Dachgesims erhalten.
- 2.) Die Gebäudehöhe darf vom natürlichen Gelände bis zur Oberkante der Dachrinne gemessen, an keiner Stelle bei einstockiger Bebauung mehr als 6,50 m betragen. Außerdem ist das Gelände soweit auszufüllen, und die Auffüllung gleichmäßig so zu verziehen, daß die endgültige Gebäudehöhe nirgends mehr als 4,20 mtr. bzw. 6,00 mtr. beträgt.

§ 5.

Bei Auffüllung und Abgrabung auf dem Baugrundstück darf die Gestalt des natürlichen Geländes nicht beeinträchtigt werden. Auch sind die Verhältnisse der Nachbargrundstücke zu berücksichtigen.

§ 6.

- 1.) Die Hauptgebäude sind mit Satteldächern mit 48-50 Grad Neigung zu versehen, wobei in einzelnen für die Anordnung der Dachform und der Firstrichtung die Einzeichnungen im Ortsbauplan vom 20. Dez. 1938 als Richtlinien zu gelten haben.
- 2.) Dachaufbauten sind nur in dem unbedingt nötigen Umfang und insoweit zulässig, als sie die geschlossene Wirkung des Hauptdaches nicht beeinträchtigen. Ihre Gesamtlänge sollte nicht mehr als $\frac{1}{3}$ der zugehörigen Gebäudeseitenlängen betragen.

§ 7.

Die Aussenseiten der Gebäude sind spätestens innerhalb zwei Jahren nach Fertigstellung des Rohbaus zu verputzen oder zu überschlämmen, soweit nicht Holzfachwerk od. Holzverkleidung sichtbar gelassen werden soll. Für die Dachdeckung sind Ziegel zu verwenden. Form und Farbe der Dachdeckung sowie die Farbgebung der Gebäude überhaupt können von der Baupolizeibehörde vorgeschrieben werden. Auffallende Farben sind zu vermeiden.

§ 8.

- 1.) Die Einfriedigung der Grundstücke sind für bestimmte Gebiete einheitlich nach näheren Angaben der Baupolizeibehörde zu gestalten.
- 2.) Die Vorgärten und sonstigen unüberbaubaren Flächen an Straßen sind geordnet anzulegen und zu unterhalten. Die Baupolizeibehörde kann in einzelnen Fällen aus verkehrspolizeilichen Gründen nähere Bestimmungen hierüber erlassen.

Innenminister hat mit Erlaß vom 31.7.1940 Nr. V 1657 die von
vorher durch Erlassung von 5. Januar 1940 festgestellte Orts-
bauvorschriften für das Gebiet Gerbertshaus-Lochbrücke in
den Wortlaut geändert:

§ 9.

Die Ausführung von Nebengebäuden im Sinne des § 3 und von Einfriedigungen
im Sinne des § 8 ist, soweit sie nicht nach Art. 100 Nr. 1 und 4 der B.O.
genehmigungspflichtig ist, vor Beginn der Bauarbeiten wenigstens unter
Vorlage einer Hängzeichnung anzuzeigen. Mit der Ausführung kann nach 14 Ta-
gen begonnen werden, wenn sie nicht innerhalb dieser Frist untersagt oder
ausdrücklich zugelassen wird.

§ 10.

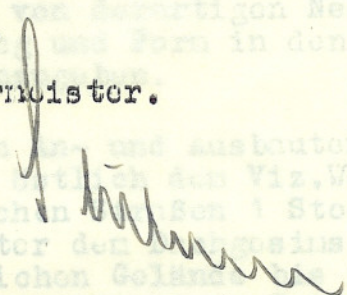
Mit Rücksicht auf die Bestimmungen der vorstehenden §§ 5-8 sind in den in
Art. 110 Abs. 1 der B.O. vorgeschriebenen Baugesuchsplänen sämtliche Gebäude-
seiten sowie die Geländeverhältnisse in der Umgebung der Gebäude und die
zur Straße nebst den geplanten Veränderungen des Geländes darzustellen. Au-
ßerdem sind auf Verlangen der Baupolizeibehörde Übersichtsskizzen oder
Lichtbilder vorzulegen, aus denen die Einfügung des geplanten Gebäudes
in seine Umgebung und in die bestehende Bebauung ersichtlich ist.

§ 11.

Vorstehende Ortsbausatzung wurde am 10. August 1940 vom Bürgermeister
öffentlich bekanntgemacht.

Z.B.

Der Bürgermeister.



1.) Die Gebäude müssen, von kleineren und Ausbauten abgesehen, entsprechen-
den den Einzeichnungen im Ortsbauplan, d.h. nach dem Viz. Weg Nr. 6 an der Vorder-
seite zwei Stockwerke, an den restlichen Seiten 1 Stockwerk mit aufgesetztem
nicht über 75 cm hohes Kniestock unter dem Dachstuhl erhalten.

2.) Die Gebäudehöhe darf vom natürlichen Gelände bis zur Oberkante der Dach-
rinne gemessen, an keiner Stelle bei einsteckiger Bebauung mehr als 6,50 m
betragen. Außerdem ist das Gelände soweit anzuheben, und die Auffüllung
gleichmäßig zu verteilen, daß die endgültige Gebäudehöhe nirgends mehr
als 4,20 m bzw. 6,00 m beträgt.

Bei Auffüllung und Abgrabung auf dem Baugrundstück darf die Gestalt des na-
türlichen Geländes nicht beeinträchtigt werden, auch sind die Verhältnisse
der Nachbargrundstücke zu berücksichtigen.

§ 12.

1.) Die Hauptgebäude sind mit Satteldächern mit 48-50 Grad Neigung zu ver-
sehen, wobei in einzelnen für die Anordnung der Dachform und der Firstrich-
tung die Einzeichnungen im Ortsbauplan von 20. Dez. 1938 als Richtlinien zu
gelten haben.

2.) Dachaufbauten sind nur im unbedingt nötigen Umfang und insoweit zu-
lassig, als sie die geschlossene Wirkung des Hauptdaches nicht beeinträchtigen.
Ihre Seitenlänge sollte nicht mehr als 1/3 der zugehörigen Gebäudesiten-
längen betragen.

§ 13.

Die Ausschnitten der Gebäude sind spätestens innerhalb zwei Jahren nach
Fortigung des Rohbaus zu verputzen oder zu überkleben, soweit nicht Holz-
fachwerk od. Holzverkleidung sichtbar gelassen werden soll. Für die Dach-
deckung sind Ziegel zu verwenden. Form und Farbe der Dachdeckung sowie die
Farbgebung der Gebäude überhaupt können von der Baupolizeibehörde vor-
geschrieben werden. Auffallende Farben sind zu vermeiden.

§ 14.

1.) Die Einfriedigung der Grundstücke sind für bestimmte Gebiete einheit-
lich nach näheren Angaben der Baupolizeibehörde zu gestalten.
2.) Die Vorgärten und sonstigen unüberbaubaren Flächen an Straßen sind ge-
ordnet anzulegen und zu unterhalten. Die Baupolizeibehörde kann in einzelnen
Fällen aus verkehrspolizeilichen Gründen nähere Bestimmungen hierüber
erlassen.